# Baruther Anzeiger

**Älteste Heimatzeitung für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland (gegr. 1865)**

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugspreis monatlich 0,90 RM, zuzügl. 0,18 RM Bestellgeld.
Donnerstags: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund".
Sonnabends: Die illustrierte Sonntagsbeilage.
In zwangloser Folge: Blätter zur Pflege der Heimatkunde.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger" oder auf die Erstattung des Bezugsgeldes. — Einzelverkaufspreis 10 Pfg.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Millimeterzeile (46 mm) 4 Reichspfennig, die dreigespaltene Millimeterzeile im Textteil (93 mm) 10 Reichspfennig. Bei Wiederholungen wird Nachlaß gewährt nach unserer Preisliste.
Fernsprecher Nr. 217. — Postscheckkonto: Berlin Nr. 345 40.
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für undeutlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 59 — Freitag/Sonnabend, den 15./16. Mai 1936 — 71. Jahrgang


# Neuer Regierungsvorschlag in Österreich. / Schuschnigg-Starhemberg trennen sich.

Die seit langem umgehenden Gerüchte über Unstimmigkeiten im österreichischen Regierungslager haben sich nunmehr als durchaus berechtigt erwiesen. Über Nacht ist in Wien eine Regierungsneubildung erfolgt, die den Bruch zwischen dem Bundeskanzler Dr. Schuschnigg und dem Vizekanzler Starhemberg nunmehr ganz offen darlegt. Das Bedeutsame bei dem Regierungswechsel ist das Ausscheiden Starhembergs aus dem Kabinett und — was noch schwerer wiegt — die Niederlegung seiner Ämter in der Vaterländischen Front. Zwei Lager stehen sich nunmehr gegenüber: hier die Klerikalen, dort die Heimwehren.

Bundeskanzler Schuschnigg, der mit der Neubildung der Regierung wieder betraut wurde, legte nach zwölfstündigem politischen Kampf Donnerstag früh um 3 Uhr folgende Ministerliste vor:

Dr. Schuschnigg Bundeskanzler, Minister für Äußeres und Minister für Landesverteidigung;
von Baar-Barenfels (Heimatschutz) Vizekanzler, Minister für Inneres und Minister für Sicherheit;
Hammerstein-Equord (Christlichsozial) Minister für Justiz;
Dr. Pernter (Christlichsozial) Minister für Unterricht;
Stockinger (Christlichsozial) Minister für Handel und Verkehr;
Dr. Dragler (Heimatschutz) Minister für Finanzen;
Resch (Christlichsozial) Soziale Fürsorge.

Ferner wurden zwei Staatssekretäre ernannt, und zwar General der Infanterie Zehner, Landesverteidigung, und Zernatto, Staatssekretär zur besonderen Verwendung.

Das Ministerium für Landwirtschaft bleibt vorläufig unbesetzt.

Zu der Regierungsumbildung wurde

**eine amtliche Verlautbarung**

ausgegeben, in der die folgende Erklärung von besonderem Interesse ist: Fürst Starhemberg ist infolge sachlicher Meinungsverschiedenheiten mit dem Bundeskanzler aus der Regierung ausgeschieden. Die Regierung hat sich die Aufgabe der Konzentrierung aller vaterländischen Kräfte gestellt. Diese Konzentration erfordert auch die vollkommene Vereinheitlichung der politischen Führung und die Klarstellung des Verhältnisses der Vaterländischen Front zu den staatlichen Einrichtungen. Aus diesem Grunde übernimmt der Bundeskanzler die Führung der Vaterländischen Front. Der Bundesführer des Heimatschutzes, Ernst Rüdiger Fürst Starhemberg, hat auf Wunsch des Bundeskanzlers den Mitgliedern des neuen Kabinetts, die Angehörige des Heimatschutzes sind, den Auftrag erteilt, der an sie ergangenen Berufung Folge zu leisten.

Wie verlautet, ist es vorher

**im nächtlichen Kabinettsrat zu außerordentlich heftigen Auseinandersetzungen zwischen Starhemberg und Schuschnigg gekommen.**

Der Bundeskanzler und mit ihm der Bundespräsident Miklas, der ähnlich wie bei der Regierungsneubildung nach dem Tode Dollfuß' eingriff, haben jedoch die Führer der Heimwehren nicht im Zweifel darüber gelassen, daß das Bundesheer fest hinter der Regierung steht, und daß jeder Versuch bewaffneten Widerstandes ebenso beantwortet werden würde. Starhemberg hat sich daraufhin entschlossen, die Minister Dragler und von Baar-Barenfels zunächst als Beobachter in der Regierung zu lassen, jedoch wird mit ihrem längeren Verbleib kaum gerechnet.

*

Trotz der bis in die letzten Tage immer wiederholten Treueversicherung von beiden Seiten ist der Gegensatz zwischen den Heimwehren und den Klerikalen, der nach außen hin immer verkittet wurde, nicht mehr zu überbrücken gewesen. Die Vorgänge beim Aufmarsch des klerikalen Freiheitsbundes am letzten Sonntag, sowie die darauf erfolgten mehrfachen Kundgebungen Starhembergs, Schuschniggs und des früheren Vizekanzlers Fey, die jeder für sich die Schuld an den Zwischenfällen dem gegnerischen Lager zuschieben wollten, ließen die Gegensätze im Kabinett ganz offen zutage treten. Hinzu kam der seit langem bestehende Wunsch des Bundeskanzlers, aus der Phönixaffäre die notwendigen Folgerungen zu ziehen und alle in diesem Zusammenhang irgendwie belasteten Persönlichkeiten aus der Regierung zu entfernen.

Maßgebend waren ferner Gegensätze über die Außenpolitik. Sehr schwerwiegende Gegensätze bestanden auch in der Sozialpolitik.

Zusammengenommen stellt die Regierungsumbildung und die Übernahme der Bundesführerschaft der Vaterländischen Front durch Schuschnigg einen glatten Sieg des klerikalen Lagers über das Heimwehrlager dar.

Halbamtlich wird aus Wien zu der Regierungsumbildung eine Verlautbarung herausgegeben, in der es u. a. heißt: „Mit der durchgeführten Neubildung der Regierung Schuschnigg ist ein weiterer und sehr entscheidender Schritt auf dem Wege der Konsolidierung Österreichs erfolgt. Der bis nun bestandene Dualismus zwischen beiden ausschlaggebenden Elementen unseres staatlichen Lebens, zwischen der Regierung und der obersten Führung der Vaterländischen Front, konnte in Zeiten einer ruhigeren Entwicklung unbedenklich

Dr. Schuschnigg. — Starhemberg. (Wagenborg-Archiv.)

ja vielleicht sogar unter dem einen oder anderen Gesichtspunkt als zweckmäßig erscheinen. Zu einer Zeit hingegen, da dringlichste Fragen innerstaatlicher Ordnung der Lösung harren, mußte eine solche Zweiteilung vorwiegend als Hemmnis empfunden werden und bedeutete auch in mancher Beziehung ein Hindernis für die heute mehr denn je erforderliche Zusammenfassung aller aufbauwilligen Kräfte Österreichs. Durch Beschluß des Bundespräsidenten ist nun dieser Dualismus beseitigt worden; die Führung des Staates ist mit der Führung der Vaterländischen Front in der Hand des Kanzlers vereinigt.

Welche Folgen die Regierungsumbildung haben wird, ist noch nicht übersehbar. Zu der ohnehin schmalen Basis der Regierung kommt nunmehr noch die Opposition der Heimwehr. Noch vor zwei Wochen erklärte Starhemberg bei einem Heimwehraufmarsch in Horn, daß die Verdrängung der Heimwehren aus der Macht nur über seine Leiche ginge.

## Starhemberg reist nach Rom.

**Das Echo der Regierungsumbildung in Rom, Paris und London.**

Nach einer amtlichen Mitteilung begibt sich Fürst Starhemberg trotz seines Ausscheidens aus dem Kabinett, wie es heißt in seiner Eigenschaft als oberster Führer der Turn- und Sportfront, nach Rom, um dort an dem Fußball-Länderkampf Österreich—Italien teilzunehmen.

Das Ausscheiden Starhembergs aus der Regierung hat in Rom größtes Aufsehen hervorgerufen, denn der Heimwehrführer, das Haupt der italienischen Richtung in Wien, ist bei Mussolini ein und ausgegangen. Erst vor wenigen Wochen war er in Rom.

In französischen politischen Kreisen betrachtet man die Entwicklung in Wien im französischen Sinne günstig. Nach französischer Ansicht drückt sich darin eine Schwächung des bisherigen durch Starhemberg vertretenen italienischen Kurses aus. Man hält es für eine Nachwirkung der kürzlichen Reise des englischen Politikers Chamberlain nach Wien, der dabei von der französischen Diplomatie unterstützt worden sei.

In London hat das Ausscheiden Starhembergs aus der österreichischen Regierung starkes Aufsehen erregt. Die Blätter veröffentlichen die Berichte über die Ereignisse in Österreich in großer Aufmachung. „Evening Standard" überschreibt seine Meldung „Sturz des Fürsten Starhemberg — Schuschnigg gewinnt den Kampf um die Macht in Österreich". Andere Blätter sprechen von einem „schweren Schlag gegen den Faschismus in Österreich". Schuschnigg habe sich über Nacht zum „Diktator" Österreichs gemacht. In dem Reuterbericht heißt es, die Christlichsoziale Partei habe über Starhemberg einen Sieg errungen, der wahrscheinlich sehr wichtige Folgen für die Zukunft Österreichs im besonderen und für die Zukunft ganz Mitteleuropas im allgemeinen haben werde. Nunmehr stehe Schuschnigg vor der größeren Aufgabe der Entwaffnung der Heimwehr.

## Schuschnigg an Mussolini und Gömbös.

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg hat an Mussolini ein Telegramm gerichtet, in dem er im eigenen und im Namen der Regierung die Gefühle unwandelbarer Freundschaft zum Ausdruck bringt. „Ich verbinde damit", so heißt es in dem Telegramm, „die Versicherung, daß ich fest entschlossen bin, an der bewährten, auf den Römer-Protokollen begründeten Politik festzuhalten und die Freundschaft der drei Partner in ihrem eigenen Interesse wie auch in dem der Konsolidierung Mitteleuropas weiter auszubauen." — Auch in der an den ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös gerichteten Depesche versichert Schuschnigg im eigenen Namen und im Namen seiner Mitarbeiter die Gefühle aufrichtiger Freundschaft und kameradschaftlicher Verbundenheit und spricht die Überzeugung aus, daß die Zusammenarbeit auf der Grundlage der Römer-Protokolle auch in der Zukunft den Interessen aller beteiligten Länder in stets steigendem Maße dienlich sein wird.

## Verfassungsrechtliche Fragen des Dritten Reiches.

**Ein Vortrag von Staatssekretär Dr. Lammers.**

In der Gesellschaft der Berliner Freunde der Deutschen Akademie sprach der Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei Dr. Lammers über verfassungsrechtliche Probleme des Dritten Reiches.

Dr. Lammers betonte unter Hinweis auf die englischen Verhältnisse, daß eine staatsrechtliche und staatspolitische Notwendigkeit für die Schaffung einer Verfassungsurkunde grundsätzlich nicht bestünde, am allerwenigsten für den Volks- und Führerstaat des Dritten Reiches. Ob das Dritte Reich eine geschriebene Verfassung erhalten werde, darüber habe der Führer noch nicht befunden. Wenn es aber als Krönung praktisch erprobter und als lebensfähig bewährter Grundsätze des staatlichen Lebens zur Errichtung einer Verfassungsurkunde komme; so dürften in ihr nur die fundamentalsten Grundsätze des neuen Staates niedergelegt sein. Darunter vor allem die wichtigsten Grundsätze der nationalsozialistischen Auffassung von Volk und Staat, der Grundsatz der Einheit von Partei und Staat, derjenige von der Reinerhaltung des deutschen Blutes und von der Blutszugehörigkeit als Voraussetzung für die Ausübung staatsbürgerliche Rechte, schließlich der Grundsatz von der Totalität des Staates und die Festlegung des Führerprinzips als Grundprinzip der Staatsführung.

## Der englische Botschafter beim Führer.

**Der erwartete Besuch.**

**Der Führer und Reichskanzler empfing am Donnerstagvormittag in Anwesenheit des Reichsministers des Auswärtigen Freiherrn von Neurath den britischen Botschafter Sir Eric Phipps zu dem in der vergangenen Woche zwecks Überreichung der englischen Anfragen in Aussicht genommenen Besuche.**

## Das Steueraufkommen

zeigt, wie Staatssekretär Reinhardt vom Reichsfinanzministerium dieser Tage in einer Rede in Eisenach mitteilte, eine ständige Zunahme. Diese ständige Steuerzunahme spiegelt die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft in allen ihren Auswirkungen wider. Allerdings erfordert der Wiederaufbau auch mehr Mittel. Durch den Aufbau der Wehrmacht und die Neugestaltung der Wirtschaft hat sich naturgemäß der Finanzbedarf gewaltig erhöht. Es gilt also, diese Mehrausgaben aus dem Steuermehraufkommen zu decken.

Dank der fortschreitenden Wirtschaftsbelebung ist auch das Steueraufkommen derart gesteigert, daß sich die Milliarde, die im laufenden Jahr gegenüber 1935 mehr erzielt werden muß, unschwer aufbringen läßt. Das bestätigt eine einfache Rechnung: Multipliziert man das Steuermehraufkommen für April 1936 mit 12, so ergibt sich, daß diese Milliarde Mehraufkommen (nicht, wie es in dem Bericht über die Rede des Staatssekretärs Reinhardt fälschlich hieß: Mehrkosten) bereits gesichert ist.